

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kompartimentszeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Anzeigenzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwerbung 10 Goldpf.

Nr. 244

Dresden, Freitag den 17. Oktober 1924

35. Jahrg.

Der Spuk geht weiter!

Wenn ja: warum?

Kommunistischer Verfall, sozialistischer Aufbau

Man wird bald einen Führer notwendig haben, um sich durch die vielen Parteien, Unionen und Bünde hindurchzufinden, die sich abseits von der großen Organisation des deutschen Proletariats, der Sozialdemokratie, gebildet haben. Da sehen wir neben der als allein echt abgestempelten Filiale von Moskau, der Kommunistischen Partei, die Kommunistische Arbeiterpartei, die Allgemeine Arbeiter-Union, den Kommunistischen Rätebund, die Oppositionsverbände der Weyer und Schumacher, dazu noch verschiedene andre kommunistische, anarchoistische und syndikalistische Splitter. In der kommunistischen Partei selbst aber gibt schon der Wurm; es hat sich dort eine „Arbeiterlinke“ gebildet, die ihre Parteigenossen mit Broschüren und Flugblättern bombardiert, und auch der „Brandlerismus“ ist nicht tot. Die Rote Fahne muß von dem Brandenburger Parteitag klagend berichten: „Daß die jetzige Situation große Gefahren reformistischer Abirrungen in sich birgt, zeigte sich symptomatisch auf dem Parteitag durch die Rede des Delegierten Volze. Er verlangte, daß die Partei in den Mittelpunkt ihrer Propaganda als „Rettungsprogramm“ ein Steuerprogramm zur Abwälzung der Lasten auf die Bourgeoisie stelle.“ Aber die kommunistische „Vorhut“ unter Werner Scholem und Ruth Fischer weiß, was sie zu tun hat: „Der Parteitag lehnte es einmütig ab, den Weg zu beschreiten, den Genosse Volze ihm wies.“ Wenn die Rote Fahne das triumphierend feststellt, so bestätigt sie damit die Ansicht ihres theoretischen Leber, daß direkte Steuern abzulehnen seien, daß also die kommunistische Partei für möglichste Schonung der besitzenden Klassen eintreten müsse.

Aber nicht wir wollen heute Kritik an der kommunistischen Politik üben, sondern den Arbeitern zeigen, wie diese Parteien und Parteichen sich selbst einschätzen. Da wird in der jüngst erschienenen Nr. 20 des Kampfrufs, des Organs der K. A. U., den Genossinnen Genossen ins Stammbuch geschrieben: „Von Kommunisten ist der K. A. U. nur noch die Phrase geblieben. In ihren Methoden ist sie korrupter als die Bourgeoisie selbst und je weiter ihr Weg, desto schmutziger wird er auch.“ Und dann folgt ein langes Sündenregister, vom Verrat der „revolutionären“ Arbeiter in Mitteldeutschland an bis zur Verbrüderung mit den Bäckern beim Tode des nationalen Genossen Schlageter. Schließlich heißt es: „K. A. U.-Mann Kay ist Verräter für den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, wo er das Bluturteil über seine Genossen mitfallen darf.“ Wer erinnert sich nicht daran, daß die kommunistische Presse gegen die sozialdemokratischen Verräter im Staatsgerichtshof den verlogenen Vortwurf richtete, sie hätten an den Urteilen gegen „revolutionäre“ Arbeiter mitgewirkt? Und nun wird Herrn Kay von seinen Brüdern aus der andern kommunistischen Fakultät bescheinigt, daß er zum Blutrichter avanciert sei!

Run könnte man einwenden, die Leute von der K. A. U. seien Abtrünnige vom heiligen kommunistischen Glauben, daher dürfe man deren Aussagen nicht ganz voll nehmen. Aber die Opposition in der K. A. U., die Arbeiterlinke, geht mit ihrer eigenen Partei noch viel schärfer ins Gericht. In einer kürzlich „zur innerparteilichen Diskussion“ gedruckten und verbreiteten Broschüre wird von den „Scheitrevolutionären“ von der Ruth-Fischer-Kompanie“ ausgesagt: „daß sie durch ihre Jagd nach Posten in der Reichszentrale den Führern der Kommintern die Kampfsinteressen verkauft und in der ideologischen Abrüstung des Proletariats mitgewirkt haben.“ Von der kommunistischen Reichstagsfraktion heißt es in der Broschüre: „Die Scheitrevolutionäre Parlamentshysterie einer Ruth Fischer und ihrer Genossen kann bei den revolutionären Arbeitern nur das Gefühl der Verzeiwung erregen. Solch eine Art von virtuosmäßigem „revolutionärem“ Kampf kann man höchst nützlich den falschtischen Radikalen überlassen. Die parlamentarischen „Aktionen“ der Kommunisten sind nur dazu da, um den Proletariern Sand in die Augen zu streuen.“

Diese Auseinandersetzungen zeigen erneut, daß die kommunistische Bewegung das Schicksal aller jetzigen Unternehmungen teilen muß. Sie gedeihen am besten in Zeiten wirtschaftlichen und politischen Niedergangs; sie schöpfen ihre Kraft nicht aus der planmäßigen Aufklärung der Arbeiterklasse, sondern aus ihrer Verwirrung; sie sind kein Zeichen des Aufstiegs der proletarischen Klasse, sondern gehen nur als Schmarotzer an ihrem krankgewordenen Leib. Der Kommunismus, nicht als Weltanschauung, sondern als Parteigeschäft, ist die Ausnutzung der Verfallerscheinungen im Völkerverleben; weil aber die kommunistische Parteipropaganda überall dort verlagert, wo Revolution zugleich Aufbau ist, so sucht sie die Entwicklung zu Katastrophen zu treiben, um auf Trümmern die Verzweifelten und Enttäuschten der menschlichen Gesellschaft zu sammeln. So weit nicht die Bedürfnisse der imperialistischen Politik der Sowjetregierung die Rücksicht für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien bestimmen, verfolgen sie, halb Betrüger, halb Betrogene, noch immer das utopische Ziel, durch einen „Vortrupp“ die Weltrevolution herbeizuführen. Die kommunistischen Führer glauben zwar selbst nicht mehr an diese auf vorgeschriebenes Kommando losgehende Weltrevolution; und je geräuschvoller sie in der Öffentlichkeit auftreten, desto weniger glauben sie daran. Aber was sollten die ihnen bisher folgenden Arbeiter sein denn, wenn ihre „revolutionären“ Führer nunmehr das selbe tun würden, was sie bisher der Sozialdemokratie als größte Schande anrechneten, nämlich die Rast der Arbeiter-

sehr täuschen, wenn sie nicht jetzt auch das Allerletzte aufgeben: offiziell außerhalb der Regierung bleiben, sie aber dennoch unterstützen. Ihnen ist alles zuzutrauen. Gestattung besitzten sie nicht mehr. Ihr Handeln wird bestimmt von dem Willen, die jetzige Mandatszahl im Reichstag noch möglichst lange aufrechtzuerhalten.

Die Karten des Zentrums sind früher aufgedeckt, als es erwünscht war und erwartet wurde. Mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten! Sicher ist jedenfalls aber schon jetzt das eine, daß einem verschleierte Bürgerblod der gleichen Kampf gilt, wie ihn die Sozialdemokratie einer offiziellen „Gemeinschaft der Ausbeuter“ entgegengesetzt hätte. Sie unterstützt keine Regierung der Republik, in der Monarchisten sitzen. Wir haben von jeder Klarheit verlangt und verfolgen diese Linie auch heute. Ein verschleierte Bürgerblod ist für uns gleichwertig mit dem offiziellen Blod der Gemeinschaft gegen die Sozialdemokratie, die deutsche Arbeiterklasse.

Versprechungen in Permanenz

SPD. Am Donnerstag nachmittag um 5 Uhr beschäftigte sich das Reichskabinett mit der parlamentarischen Lage. Die Sitzung wurde, ohne einen Beschluß zu fassen, auf Freitag vertagt. Mit Rücksicht auf die vom Reichstagspräsident infolge der Kabinettsitzung abgeleitete Parteiführerbesprechung wurden auch die geplanten Fraktionsführerbesprechungen der Volkspartei und der Deutschnationalen vertagt. Die Volkspartei beschloß, am Freitag nachmittag um 4 Uhr wieder zusammenzutreten, während die Deutschnationalen ihre Sitzung auf Freitag nachmittag 3 Uhr verschoben. Vorher hatten sie beschlossen, auf ihrer bisherigen Haltung zur Regierungserweiterung zu beharren. Die deutschnationale Fraktionsführung wurde nach wenigen Minuten ohne Beschluß und ohne Festsetzung eines Termines für eine neue Sitzung aufgehoben.

Der Beschluß des Zentrums

SPD. Der an anderer Stelle bereits besprochene Beschluß des Zentrums hat folgenden Wortlaut:

„Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags sieht ihre, getreu ihren Grundgeden der christlichen Volksgemeinschaft, des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausgleichs mit aller Sorgfalt und höchstem Verantwortungsbewußtsein vorgenommene Bemühungen gescheitert, eine nach den parlamentarischen Verhältnissen bestehende und arbeitsfähige Regierung zu bilden.“

„Ihr großes und ernstes Ziel, eine Regierung auf breiter Grundlage der Volksgemeinschaft zu schaffen, ist zu ihrem tiefsten Bedauern nicht erreicht worden. Auch die daraufhin aus Gründen der Außenpolitik und im Interesse der besetzten Gebiete von der Fraktion ergriffene Verweigerung der bisherigen Regierung war nicht durchzuführen. Ebenso scheiterte der weitere Versuch, die Regierung in tragfähiger Form nach rechts zu erweitern.“

„Die Zentrumsfraktion erachtet daher bei Reichstagsantritt, dem sie ihr volles Vertrauen ausdrückt, kein Mittel unversucht zu lassen und im äußersten Notfall an das politische Urteil des Volkes zu appellieren, um eine tragfähige Regierung zu schaffen, die imstande und gewillt ist:

1. die bewährte Linie der durch den Reichstagspräsident getragenen deutschen Außenpolitik zu sichern,
2. die Aufgaben der sozialen Verbesserung und des wirtschaftlichen Friedens weiter durchzuführen,
3. die christlichen Kulturgüter zu schützen und zur Entfaltung zu bringen.“

Der Ordnungsbloß in England

S. London, 16. Oktober. (Eigener Draht.) Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Bestrebungen im liberalen und konservativen Lager sich zu einem regelrechten antisozialistischen Wahlkampf auszuwickeln. In 41 von 62 Wahlkreisen, in denen Arbeiterabgeordnete nur mit relativer Mehrheit gewählt worden sind, ist bereits das Arrangement zwischen Liberalen und Konservativen getroffen und der Arbeiterpartei nur ein bürgerlicher Kandidat gegenübergestellt worden. In einem Teil dieser Wahlkreise haben die Liberalen und in einem andern die Konservativen ihren bereits aufgestellten Kandidaten zurückgezogen. Die liberalen und konservativen Wähler werden aufgefordert, geschlossen für den bürgerlichen Kandidaten zu stimmen.

Die Arbeiterpartei, der eine Armee freiwilliger Wahlhelfer zur Verfügung steht, hofft trotzdem mindestens ihre bisherige Abgeordnetenzahl wieder ins Parlament zu bringen und zu verhindern, daß die Konservativen die absolute Mehrheit bei den Wahlen wiedergewinnen. Dann würden die Liberalen zu einer Koalition mit den Konservativen gezwungen, und das würde praktisch mit dem Verschwinden der Liberalen Partei gleichbedeutend sein. Dadurch würde das für England einzig mögliche Zweiparteiensystem — rechts die konservative Partei, links die Arbeiterpartei — wiederhergestellt werden.

Brutaler Überfall auf Arbeiterversammlungen

London, 16. Oktober. Daily News berichten aus Belfast, daß mehrere hundert bürgerliche eine Wahlversammlung der Arbeiterpartei angriffen. Über 20 Leute wurden bei den Angriffen auf den Arbeiterwahlkandidaten und seine Anhänger verletzt. Der Kandidat selbst befindet sich unter den am schwersten Verletzten. Die Polizei, die in großer Zahl anwesend war, schickte die Angreifer zurück.

SPD. Die Verhandlungen, die der Reichstagspräsident seit fast 14 Tagen mit dem Ziel einer Regierungserweiterung geführt hat, haben das eine ganz positiv ergeben, daß der jetzige Reichstag nicht fähig ist, ein Kabinett mit tragfähiger Mehrheit auf die Beine zu stellen. Man sollte annehmen, daß die Schlussfolgerungen aus dieser Tatsache für jeden Politiker auf der Hand liegen. Was hilft jetzt noch alles Experimentieren, wenn in drei oder vier Wochen doch durch einen Appell an das Volk die für die Konsolidierung unserer politischen Verhältnisse notwendige Klarheit geschaffen werden muß? Wir verkennen nicht, daß Dr. Warg in den letzten Tagen verblüffend kluge Anläufe gemacht hat, die erforderliche Klärung herbeizuführen. Aber er ist leider jeweils zurückgeworfen, wenn es hieß, keine anfänglichen Absichten in die Tat zu verwandeln. Auch das ist in gewissem Maße zu verstehen: denn die Fraktionen der Mittelparteien haben sich bisher immer wieder gegen einen Wahlkampf gewehrt. Sie und die Deutschnationalen predigen ihn zwar — aber in Wirklichkeit fürchten sie ihn alle. Nur deshalb ist die für Donnerstag angemeldete Entscheidung abermals nicht gefallen. Der Regierungsspuk geht weiter!

Es ist nicht zuletzt das Zentrum, das sich scheut, aus der gegenwärtigen Lage die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Die Zentrumsfraktion hat zwar am Donnerstag eine Entschliebung gesucht, deren Wortlaut einen Drang nach Klarheit vermuten läßt, während tatsächlich eine sofortige Klarheit nicht geschloft, sondern nur die drohende Zerstückelung in der Zentrumsfraktion vermieden wurde. Die Entschliebung spricht davon, daß sowohl die Volksgemeinschaft als auch eine Reichsregierung gescheitert ist und außerdem die Beibehaltung der jetzigen Regierung nicht durchzuführen war. Praktisch bleibt also nur noch die Möglichkeit, durch einen Appell an die Wähler den Versuch zur Schaffung einer tragfähigen Mehrheit im Reichstag zu machen. Das Zentrum will von diesem Ausweg aber nur im äußersten Notfall Gebrauch machen und wünscht vorläufig, daß der Reichstagspräsident Mittel unversucht läßt, eine tragfähige Regierung zu-standebringen.

Im Anschluß an die Fraktionsitzung des Zentrums, das sich übrigens inzwischen bis zur nächsten Woche vertagt hat, trat die Fraktion der Mittelparteien zusammen. Im Verlauf dieser Besprechungen wurden erneut die alten Auffassungen über die Regierungserweiterung vertreten, wie sie jetzt schon seit fast 14 Tagen dem Reichstagspräsident täglich vorgelegt worden sind. Es nimmt uns nur wunder, daß Herr Warg die Rufe davon nicht schon längst voll hat. Wenn nicht er, so dürften doch sicher seine Vertrauten, die den Verhandlungen regelmäßig beimohnen, den Text der Parteiführer-Erklärungen jetzt im Kopfe haben. Infolgedessen ergrübeln sich u. E. schon am Donnerstag weitere Besprechungen mit den Führern der Mittelparteien. Immerhin ist das Kommuniqué über den Verlauf dieser Beratungen bemerkenswert, denn es zeigt die Richtung und den Weg für die beabsichtigten neuen Verhandlungen des Reichstagspräsidenten und bestätigt, daß die Zentrumsfraktion sich in Wirklichkeit bis zum letzten gegen einen Appell an das politische Urteil des Volkes kräutert. Es hat für den äußersten Notfall die Auflösung beschloffen, aber es will das Gegenteil! So spricht die amtliche Verlautbarung über die Beratungen der Parteiführer u. a. davon, daß weitere Verhandlungen der Fraktionen über die Erweiterung der Regierung vom Reichstagspräsident für aussichtslos gehalten werden. Sie hütet sich aber, zu erklären, daß überhaupt Verhandlungen über eine Regierungserweiterung vergeblich sind. Hier liegt der wunde Punkt.

Kein Zweifel: Das amtliche Kommuniqué der Reichsregierung entspricht der Interpretation, die von maßgebender Seite des Zentrums zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion gegeben wurde. Der Vater dieser Resolution ist Herr Professor Dr. Schreiber aus Münster. Er hat sie in der Fraktion John begründet, daß der Reichstagspräsident in der Partei nicht mehr verhandeln, wohl aber noch den Versuch machen soll, mit „neutralen Persönlichkeiten“ über den Eintritt in das Kabinett Verhandlungen zu führen und gegebenenfalls mit einer durch „Fachminister“ erweiterten Regierung vor den Reichstag zu treten. Wie groß muß die Verlegenheit der bürgerlichen Parteien sein, wenn sie der Auflösung des Reichstags die Blamage mit den reichlich abgewinkelten Fraktionsführern vorziehen? Es ist natürlich selbstverständlich, daß es sich um Fachminister handelt, die nicht etwa der Sozialdemokratie, sondern den Deutschnationalen ansprechen sind und in erster Linie deren Opposition beschwichtigen sollen. Man will also nicht mehr und nicht weniger als den verschleierte Bürgerblod!

Es kommt jetzt natürlich darauf an, wie sich die Parteien zu dieser Absicht des Zentrums stellen. Die Volkspartei, die zwar für den Fall, daß eine offizielle Regierungserweiterung der Regierung nicht erfolgt, ihren Austritt angekündigt hat, sieht nach wie vor im Kabinett Warg, und wie ist überzeugt, sie wird weiter darin vertreten sein, auch wenn die Schließung mit den Fachministern nicht gelingt. Das gleiche dürfte von den Demokraten gelten, die ebenfalls seit mehreren Tagen den Himmel anfehen, damit Reichstagswahlen herbeigeführt werden. Es bleiben also noch die Deutschnationalen! Sie wissen genau, daß Reichstagswahlen für sie eine wesentliche Verminderung der bestehenden Mandatszahl ergeben. Deshalb wurden die Richtlinien des Reichstagspräsidenten geschickt und wir müßten uns